

II-599 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 408 IJ  
Anfrage  
1991-01-30

der Abgeordneten Helga Konrad  
und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Justiz  
betreffend die Vorgänge um den Wasserverband Leibnitzer-Feld.

Der steirische Landesrechnungshof hat schon im Jahr 1989 in einem Prüfungsbericht zur Geschäftsgebarung des Wasserverbandes Leibnitzer-Feld und Grenzland Südost schwere Vorwürfe gegenüber der Geschäftsführung dieses Verbandes erhoben. Im Rahmen eines 700 Mio. Schilling-Projektes sprach der Landesrechnungshof in seinem Abschlußbericht sogar vom Verdacht der Manipulation. Der Landesrechnungshof hat deshalb bereits im Jahr 1989 seinen Abschlußbericht der Staatsanwaltschaft übermittelt, um den Verdacht der Manipulation von den zuständigen Institutionen überprüfen zu lassen.

Erstaunlicherweise wurde die Staatsanwaltschaft in keiner Weise tätig, obwohl gesellschaftspolitischer Konsens darüber besteht, daß eine vordringliche Behandlung umweltrelevanter Themen geboten ist. Gerade in diesem Bereich ist es unabdingbar, - um nichtwiedergutmachbare Schäden im Umweltbereich abzuwenden - sofort einzuschreiten, um damit auch den Stellenwert von Umweltfragen zu dokumentieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

Anfrage:

1. Wie lange dauert es in Österreich üblicherweise, bis die Staatsanwaltschaft tätig wird, wenn eine Sachverhaltsdarstellung betreffend den Verdacht einer strafbaren Handlung der Staatsanwaltschaft übermittelt wird ?

- 2 -

2. Welche Schritte wurden seitens der Staatsanwaltschaft seit Übermittlung der Sachverhaltsdarstellung unternommen, um den Verdacht der Manipulation zu klären ?
3. In welchem Stadium befindet sich das Verfahren derzeit ?
4. Teilen Sie die Auffassung, daß umweltrelevante Themen besonderes Augenmerk zu widmen ist ?
5. Wenn ja, sind Sie bereit, einen diesbezüglichen Erlaß des Ressorts den Staatsanwaltschaften zu übermitteln ?